

Stand: 20.05.2025 12:28:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20109

"Verkehr - Multimodale digitale Mobilitätsdienste 01.12.2021 - 23.02.2022"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/20109 vom 01.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22064 des BV vom 29.03.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22143 vom 05.04.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Multimodale digitale Mobilitätsdienste

01.12.2021 - 23.02.2022

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Bei der Planung von Reisen und dem damit verbundenen Ticketkauf kann es umständlich sein, verschiedene Verkehrsträger miteinander zu kombinieren. Multimodale digitale Mobilitätsdienste wie [Mobility-as-a-Service](#)-Anwendungen, Routenplaner oder Ticketverkäufer helfen dabei, verschiedene Reiseoptionen, Auswahlmöglichkeiten und Preise zu vergleichen, und erleichtern dadurch den Kauf von Mobilitätsprodukten.

Die Kommission hat in der [„Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“](#) angekündigt, eine Initiative zu multimodalen digitalen Mobilitätsdiensten zu unterstützen (s. Nr. 37 des Anhangs). Eine solche Initiative würde auch das Umsteigen auf die nachhaltigsten Verkehrsträger unterstützen.

Ziel der öffentlichen Konsultation zu multimodalen digitalen Mobilitätsdiensten ist es, der breiten Öffentlichkeit und allen Interessenträgern die Möglichkeit zu geben, sich in strukturierter Weise zum aktuellen Stand und zum Bedarf an zusätzlichen politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene zu äußern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 18/20109

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Multimodale digitale Mobilitätsdienste

01.12.2021 - 23.02.2022

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag sieht in Bezug auf „Multimodale digitale Mobilitätsdienste“ eine erhebliche landespolitische Bedeutung.

Für Reisende in der EU kann es umständlich sein, bei der Planung von Reisen und dem Ticketkauf verschiedene Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote miteinander zu kombinieren. Viele nutzen für den Vergleich verschiedener Angebote diverse digitale Dienste wie Apps oder Webseiten mit Informations- bzw. Vertriebsfunktionen.

Ziel ist es, mit Hilfe von digitalen Diensten einen nahtlosen multimodalen Personenverkehr in der EU zu ermöglichen. Diese Mobility-as-a-Service-Anwendungen („MaaS-Anwendung“) sollen dabei helfen, verschiedene Reiseoptionen, Mobilitätsangebote und Preise zu vergleichen, und erleichtern dadurch deren Nutzung. Dies betrifft sowohl eine transparente Reise- und Routenplanung als auch den effizienten Ticketkauf über alle Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote hinweg. Auch einzelne Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote können dadurch einfacher genutzt werden. Durch die gezielte Steuerung der Verkehrsströme soll auch ein Beitrag zur Umsetzung des europäischen „Green Deals“ geleistet werden.

Eine umfassende MaaS-Anwendung gibt es für Bayern bislang nicht. Die zahlreichen vorhandenen Dienste umfassen beispielsweise nur eine Stadt oder Region, beinhalten dafür aber die Funktionen „Information“ und „Vertrieb“ (Buchung/Kauf, Bezahlung) für umfangreiche Mobilitätsangebote. Andere umfassen eine große Fläche (z.B. Regionen, Freistaat), sind aber beschränkt auf bestimmte Funktionen oder Mobilitätsangebote. Aus diesem Grund müssen für einen ganzheitlichen Überblick über sämtliche Mobilitätsangebote häufig mehrere Apps/Webseiten genutzt werden. Darüber hinaus fehlen allen diesen Anwendungen in der Regel auch ergänzende Informationen zur Barrierefreiheit der Reisekette und zum CO₂-Fußabdruck. Auch die Barrierefreiheit der Portale selbst ist häufig verbesserungsfähig.

Besondere Schwierigkeiten bestehen beim Vergleich bzw. bei Online-Buchung/-Kauf von Tickets/Mobilitätsdiensten für eine Reise, bei der verschiedene Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote kombiniert werden. In der Regel ist hierfür die Nutzung mehrerer Apps/Webseiten erforderlich, teils ist das Angebot gar nicht als

Online-Angebot verfügbar. Bei der Nutzung von Angeboten in anderen Mitgliedstaaten können weitere Schwierigkeiten auftreten (z. B. Sprachprobleme, Schwierigkeiten bei der Eingabe personenbezogener Daten, Schwierigkeiten mit den Zahlungsmitteln).

Der Bayerische Landtag verfolgt ebenfalls das Ziel einer möglichst zügigen und flächendeckenden Einführung von MaaS-Anwendungen, auch im Hinblick auf eine nachhaltige touristische Mobilität. So wird das bereits bestehende staatliche System DEFAS Bayern („Durchgängiges elektronisches Fahrgastinformations- und Anschlusssicherungssystem“) zur Mobilitätsplattform Bayern weiterentwickelt. Wesentliche Projekte bzw. Maßnahmen zu Weiterentwicklungen sind:

- Bayernweiter elektronischer Vertrieb („Ein Klick, ein Ticket“ mit Preisauskunft und Buchung/Kauf)
- Bayernweite Integration ergänzender, multimodaler Angebote (Sharing, on-demand-Verkehre, ...)
- Auskünfte zu barrierefreien Reiseketten
- Bundesweite Echtzeitdaten im öffentlichen Personenverkehr

Rückblickend hat sich die Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 über EU-weite multimodale Reiseinformationsdienste als zweckmäßig erwiesen, die Ziele zu unterstützen. Eine EU-weite Regelung der Pflicht zur Bereitstellung von Daten ist grundsätzlich zu begrüßen, um die Schaffung derartiger Dienste weiter voranzubringen. Nationale Gesetzgebung (wie z. B. das Personenbeförderungsrecht) geht jedoch teils darüber hinaus, was wiederum zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit im EU-Binnenmarkt führt. Gerade der Austausch über nationale Grenzen hinweg wird dadurch in der Praxis erschwert.

Ziel der neuen Verordnung sollte daher eine für alle Mobilitätsanbieter, Infrastrukturbetreiber etc. verpflichtende Bereitstellung auch von dynamischen Daten sein, damit die eigentliche Zielsetzung einer möglichst einfachen Nutzung aller Mobilitätsangebote erreicht wird. Dazu gehören:

- Daten über die Besetzung von Fahrzeugen
- Daten zu Störungen
- Prognosen z. B. zur voraussichtlichen Ankunfts- bzw. Abfahrtszeit
- Daten zur aktuellen Verfügbarkeit von Rolltreppen und Aufzügen
- Daten zur Verfügbarkeit von Parkplätzen (z. B. an Umsteigepunkten)

Die EU beabsichtigt zudem, einen Rahmen für einen gemeinsamen europäischen Datenaustauschstandard für die Ticketausstellung zu schaffen. Die Zukunftssicherheit der Maßnahmen, ein Fokus auf den Eisenbahnverkehr als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs sowie die Offenheit von Standards sollten dabei im Vordergrund stehen. Daneben gibt es zahlreiche zu klärende Themen, wie z. B. Produktumfang, Haftung, Provisionen, technische Beschränkungen, Datenschutz.

Ohne gesetzgeberische Maßnahmen fehlt häufig der Zugang zu diesen Daten beziehungsweise die Bereitschaft, Geschäftsvereinbarungen über die Bereitstellung von Daten zu schließen. Neben rechtlichen und technischen Vorgaben muss letztlich aber auch die Kooperationsbereitschaft der betroffenen Akteure vorhanden sein. Die Schaffung entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten würde helfen, die genannten Ziele zu erreichen. Die Kommission kann hier einen Beitrag leisten.

Berichterstatter: **Martin Wagle**
Mitberichterstatter: **Jürgen Mistol**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 50. Sitzung am 22.02.2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungbeschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 51. Sitzung am 8. März 2022 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Verfahren in seiner 52. Sitzung am 29. März 2022 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungempfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Multimodale digitale Mobilitätsdienste

01.12.2021 - 23.02.2022

Drs. 18/20109, 18/22064

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag sieht in Bezug auf „Multimodale digitale Mobilitätsdienste“ eine erhebliche landespolitische Bedeutung.

Für Reisende in der EU kann es umständlich sein, bei der Planung von Reisen und dem Ticketkauf verschiedene Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote miteinander zu kombinieren. Viele nutzen für den Vergleich verschiedener Angebote diverse digitale Dienste wie Apps oder Webseiten mit Informations- bzw. Vertriebsfunktionen.

Ziel ist es, mithilfe von digitalen Diensten einen nahtlosen multimodalen Personenverkehr in der EU zu ermöglichen. Diese Mobility-as-a-Service-Anwendungen („MaaS-Anwendung“) sollen dabei helfen, verschiedene Reiseoptionen, Mobilitätsangebote und Preise zu vergleichen, und erleichtern dadurch deren Nutzung. Dies betrifft sowohl eine transparente Reise- und Routenplanung als auch den effizienten Ticketkauf über alle Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote hinweg. Auch einzelne Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote können dadurch einfacher genutzt werden. Durch die gezielte Steuerung der Verkehrsströme soll auch ein Beitrag zur Umsetzung des europäischen „Green Deals“ geleistet werden.

Eine umfassende MaaS-Anwendung gibt es für Bayern bislang nicht. Die zahlreichen vorhandenen Dienste umfassen beispielsweise nur eine Stadt oder Region, beinhalten dafür aber die Funktionen „Information“ und „Vertrieb“ (Buchung/Kauf, Bezahlung) für umfangreiche Mobilitätsangebote. Andere umfassen eine große Fläche (z. B. Regionen, Freistaat), sind aber beschränkt auf bestimmte Funktionen oder Mobilitätsangebote. Aus diesem Grund müssen für einen ganzheitlichen Überblick über sämtliche Mobilitätsangebote häufig mehrere Apps/Webseiten genutzt werden. Darüber hinaus fehlen allen diesen Anwendungen in der Regel auch ergänzende Informationen zur Barrierefreiheit der Reisekette und zum CO₂-Fußabdruck. Auch die Barrierefreiheit der Portale selbst ist häufig verbesserungsfähig.

Besondere Schwierigkeiten bestehen beim Vergleich bzw. bei Online-Buchung/-Kauf von Tickets/Mobilitätsdiensten für eine Reise, bei der verschiedene Verkehrsträger bzw. Mobilitätsangebote kombiniert werden. In der Regel ist hierfür die Nutzung mehrerer Apps/Webseiten erforderlich, teils ist das Angebot gar nicht als Online-Angebot verfügbar. Bei der Nutzung von Angeboten in anderen Mitgliedstaaten können weitere Schwierigkeiten auftreten (z. B. Sprachprobleme, Schwierigkeiten bei der Eingabe personenbezogener Daten, Schwierigkeiten mit den Zahlungsmitteln).

Der Bayerische Landtag verfolgt ebenfalls das Ziel einer möglichst zügigen und flächendeckenden Einführung von MaaS-Anwendungen, auch im Hinblick auf eine nachhaltige touristische Mobilität. So wird das bereits bestehende staatliche System DEFAS Bayern („Durchgängiges elektronisches Fahrgastinformations- und Anschlusssicherungssystem“) zur Mobilitätsplattform Bayern weiterentwickelt. Wesentliche Projekte bzw. Maßnahmen zu Weiterentwicklungen sind:

- bayernweiter elektronischer Vertrieb („Ein Klick, ein Ticket“ mit Preisauskunft und Buchung/Kauf)
- bayernweite Integration ergänzender, multimodaler Angebote (Sharing, on-demand-Verkehre, ...)
- Auskünfte zu barrierefreien Reiseketten
- bundesweite Echtzeitdaten im öffentlichen Personenverkehr

Rückblickend hat sich die Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 über EU-weite multimodale Reiseinformationsdienste als zweckmäßig erwiesen, die Ziele zu unterstützen. Eine EU-weite Regelung der Pflicht zur Bereitstellung von Daten ist grundsätzlich zu begrüßen, um die Schaffung derartiger Dienste weiter voranzubringen. Nationale Gesetzgebung (wie z. B. das Personenbeförderungsrecht) geht jedoch teils darüber hinaus, was wiederum zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit im EU-Binnenmarkt führt. Gerade der Austausch über nationale Grenzen hinweg wird dadurch in der Praxis erschwert.

Ziel der neuen Verordnung sollte daher eine für alle Mobilitätsanbieter, Infrastrukturbetreiber etc. verpflichtende Bereitstellung auch von dynamischen Daten sein, damit die eigentliche Zielsetzung einer möglichst einfachen Nutzung aller Mobilitätsangebote erreicht wird. Dazu gehören:

- Daten über die Besetzung von Fahrzeugen
- Daten zu Störungen
- Prognosen z. B. zur voraussichtlichen Ankunfts- bzw. Abfahrtszeit
- Daten zur aktuellen Verfügbarkeit von Rolltreppen und Aufzügen
- Daten zur Verfügbarkeit von Parkplätzen (z. B. an Umsteigepunkten)

Die EU beabsichtigt zudem, einen Rahmen für einen gemeinsamen europäischen Datenaustauschstandard für die Ticketausstellung zu schaffen. Die Zukunftssicherheit der Maßnahmen, ein Fokus auf den Eisenbahnverkehr als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs sowie die Offenheit von Standards sollten dabei im Vordergrund stehen. Daneben gibt es zahlreiche zu klärende Themen, wie z. B. Produktumfang, Haftung, Provisionen, technische Beschränkungen, Datenschutz.

Ohne gesetzgeberische Maßnahmen fehlt häufig der Zugang zu diesen Daten beziehungsweise die Bereitschaft, Geschäftsvereinbarungen über die Bereitstellung von Daten zu schließen. Neben rechtlichen und technischen Vorgaben muss letztlich aber auch die Kooperationsbereitschaft der betroffenen Akteure vorhanden sein. Die Schaffung entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten würde helfen, die genannten Ziele zu erreichen. Die Kommission kann hier einen Beitrag leisten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben den ersten Tag eines dreitägigen Sitzungsmarathons geschafft. Die Sitzung ist für heute beendet. Danke schön.

(Schluss: 17:51 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Februar 2022 (Vf. 3-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen
 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
 3. Bayerische Staatsregierung
 vom 25. Februar 2022 über die Frage, ob § 1 Nrn. 5, 6 Buchst. a, Nrn. 12, 18, 19 Buchst. a, Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0002
 Drs. 18/22085 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
 II. Der Antrag ist unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bei den nachfolgenden Verfassungsstreitigkeiten aus der 17. Wahlperiode wird ein neuer Vertreter des Landtags bestellt

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.17-0013
Drs. 18/22086 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2018 (Vf. 7-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5, Art. 20 Nr. 3, Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 und Art. 32 a des Gesetzes über die Aufgabe und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.18-0008
Drs. 18/22088 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juni 2018 (Vf. 10-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
- vom 6. Juni 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23 Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.18-0008
Drs. 18/22089 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. September 2018 (Vf. 15-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 14 Abs. 1 Nr. 4, Art. 15 Abs. 3 Nr. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Sätze 1 und 3, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 2, 4 und 5, Art. 18, 20 Nr. 3 Sätze 2 und 3, Art. 21 Abs. 1 Nr. 3, Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b und Abs. 2, Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b, Art. 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 34 Abs. 1 und 3 Satz 4, Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 2, Art. 36 Abs. 2 und 4 Sätze 2 bis 5, Art. 37 Abs. 1 und 2 Satz 3, Art. 38 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, Art. 39 Abs. 1 Satz 1, Art. 40 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 Satz 1, Art. 43 Abs. 2, Art. 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Art. 49 Abs. 3 Satz 6 und Art. 92 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301, 434) geändert worden ist

PII-G1310.18-0013
Drs. 18/22087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. September 2018 (Vf. 16-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
- vom 5. September 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e, Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst. b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42 Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.18-0014
Drs. 18/22090 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 – 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG

PII-G1320-16-0001
Drs. 18/22091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Tobias Reiß bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 14. Dezember 2016 (1 BvR 2577/15 und 1 BvR 2578/15) betreffend Verfassungsbeschwerden
1. gegen
- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 38.15 (6 C 33.14) –,
- b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 33.14 –, – 1 BvR 2577/15 –,
2. gegen
- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 38.15 (6 C 33.14) –,
- b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 33.14 –, – 1 BvR 2578/15 –

PII-G1320.15-0001
Drs. 18/22092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

9. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 14. Dezember 2016 (1 BvR 2579/15) betreffend Verfassungsbeschwerde
- gegen
- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 – BVerwG 6 C 39.15 (6 C 35.14) –,
- b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 – BVerwG 6 C 35.14 –

PII-G 1320-15-0001
Drs. 18/22094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

12. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Erleichterung einer wirksamen europäischen Hochschulzusammenarbeit
COM(2022) 17 final
BR-Drs. 49/22
Drs. 18/21731, 18/22080 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22080 veröffentlichten Bedenken.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
Pflanzliches und forstliches Vermehrungsgut (überarbeitete Vorschriften)
21.12.2021 - 29.03.2022
Drs. 18/20106, 18/21961 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/21961 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
 Nachhaltiger Konsum von Gütern – Förderung von Reparatur und
 Wiederverwendung
 11.01.2022 - 05.04.2022
 Drs. 18/20108, 18/21978 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
 die auf Drs. 18/21978 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr
 Multimodale digitale Mobilitätsdienste
 01.12.2021 - 23.02.2022
 Drs. 18/20109, 18/22064 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
 die auf Drs. 18/22064 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern - Gasversorgung sicherstellen VI: Compliance-Lieferantenverpflichtung für eine Mindest-Gasbevorratung einführen
Drs. 18/20130, 18/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seilbahnförderung evaluieren – Nachhaltigkeit im Bergtourismus
Drs. 18/20565, 18/22074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl u.a. SPD
Mehr globale Impfgerechtigkeit: Förderung von Impfstoffproduktion in Ländern des globalen Südens
Drs. 18/20640, 18/22067 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
GanztagsBILDUNG statt nur Betreuung: Personaloffensive I
Drs. 18/20641, 18/22054 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
GanztagsBILDUNG statt nur Betreuung: Personaloffensive II
Drs. 18/20642, 18/22055 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Niemand darf abgehängt werden –
Bildungsangebote müssen für alle sichergestellt sein
Drs. 18/20662, 18/22056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern I –
Ausarbeitung eines Konzepts zur Fachkräftegewinnung
Drs. 18/20675, 18/21973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern II –
Digitalisierungsoffensive für gleichberechtigte Teilhabe
Drs. 18/20676, 18/21974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern III –
Modellprojekte zur Implementierung der Verfahrenslotsen
Drs. 18/20677, 18/21975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten
Drs. 18/21192, 18/21962 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehrsprachigkeit in Bayern fördern
Drs. 18/21206, 18/22058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Chancen-Aufenthaltsrecht“ für Geflüchtete in Bayern ermöglichen
Drs. 18/21311, 18/21938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>